

CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/16/3997-01	Termin 24.09.2018	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*	
13.09.2018	Finanz- und Personalausschuss	V			
20.09.2018	Schulausschuss	V			
24.09.2018	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung – Einführung einer Aufbaurealschule

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, in Oberhausen eine Realschule zu gründen, die in den Klassen fünf und sechs als grundständige Realschule und ab Klasse sieben bis Klasse zehn als Aufbau-Realschule geführt wird (nach dem Vorbild der Alkuinrealschule, Aachen).

Diese neu zu gründende Realschule sollte idealerweise nach einem pädagogischen Konzept arbeiten, das eine intensive Betreuung sowie eine Ausbildungsplatzgarantie nach dem Vorbild der „Meckenheimer Garantie für Ausbildung“ gewährleistet.

Für die Standortsuche sind leerstehende Schulgebäude im gleichen Maße wie ein Neubau in Betracht zu ziehen und zu prüfen.

Vorsitzende der CDU-Fraktion  Simone-Tatjana Stehr 05.09.2018	Finanz- und personalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion  Christa Müthing 05.09.2018	Schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion  Gundula Hausmann-Peters 05.09.2018
---	--	---

CDU- Fraktion	Drucksache Nr. A/16/3997-01	Termin 24.09.2018	Rat der Stadt
--------------------------	--	------------------------------	----------------------

1 **Begründung**

2

3 Betrachtet man die Schülerzahlen der letzten Jahre an den weiterführenden Schulen, wird
4 deutlich: Der Situation, wie sie durch die hohe Zahl von Schulformwechslern in den Klassen
5 sieben, acht, neun und zehn jährlich neu entstanden ist, wurde bis heute nicht angemessen
6 begegnet. Vielmehr entstand in den letzten Jahren permanent eine unzumutbare Belastung für
7 die betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie für die Schullandschaft in unserer Stadt.

8 Berücksichtigt man ferner die steigenden Schülerzahlen an den Grundschulen, könnten
9 perspektivisch auch die Kapazitäten in den Klassen fünf und sechs zu gering sein, um alle
10 Oberhausener Schülerinnen und Schüler aufnehmen zu können.

11 Rein quantitativ die Möglichkeit, Schulformwechslern einen Platz zu bieten, hat in Oberhausen
12 allein die Gesamtschule Osterfeld. Doch auch diese verfügt nicht über ausreichende
13 Kapazitäten. Außerdem wird eine rein quantitative Sichtweise (Zählen und Bereitstellen von
14 Schulplätzen) in keiner Weise den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen
15 gerecht, sodass sie aus pädagogischer Sicht nahezu fahrlässig ist.

16 Den Eltern, Kindern und Jugendlichen in Oberhausen eine Wahlmöglichkeit zwischen dem
17 dreigliedrigen und dem integrativen Schulsystem zu ermöglichen, würde ein Angebot
18 darstellen, das bewusst Abstand von der „Notlösung“ nimmt, wie sie schon viel zu lange
19 praktiziert wird.

20

21 Weitere Begründung erfolgt mündlich.